

# ***DIE LINKE.***

## **Fraktion im Kreistag der Wetterau**

### **Da sieht man nur noch die Rücklichter**

Beim öffentlichen Nahverkehr sind nicht nur die Löhne der Busfahrer ungenügend. Die Verbindungen lassen ebenfalls Wünsche offen...

Wie kommt man morgens zur Arbeit und am Abend wiedernach Hause? Erreicht man den Arzt? Gibt es nach einer Abendveranstaltung noch eine Verbindung? Wir haben Stichproben gemacht.

#### **Knappe Umsteigezeiten**

Von Gedern nach Friedberg benötigt man am Morgen 1 Stunde 27 Minuten. Man startet um 5.54 Uhr, steigt

*Fortsetzung auf Seite 6*

Bundestagswahl  
im Herbst 2017



**DIE LINKE stellt junge Direktkandidaten für die Wetterau auf**  
Auf Seite 5 stellen sich die beiden vor: Julian Eder (18, Schüler) und Dirk Methfessel (35, Lehrer).

**Afghanistan ist kein sicheres Herkunftsland!**

De Maizière verhöhnt die Opfer des Krieges.  
Interview mit Gabi Faulhaber. Seite 7

*Lesen Sie Seite 3*  
**Jobcenter schikaniert Wohngemeinschaften**

März/April 2017

### **Alle Mittel in den Wohnungsbau!**

Der Wetteraukreis hat derzeit 20 Millionen Euro Überschuss in der Kasse. Eine gute Gelegenheit, endlich bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Aber nichts geschieht - trotz Kreistagsbeschluss.

DIE LINKE. hatte bereits im September 2015 beantragt, eine kreiseigene Wohnungsbau-gesellschaft zu gründen. Damals beschloss der Kreistag, diese Möglichkeit wenigstens einmal zu prüfen.

Im Februar 2016 sollte der

Kreisausschuss diese Prüfungsergebnisse vorlegen. Doch nichts dergleichen passierte. Am 25. August 2016 fragte der linke Kreistagsabgeordnete Rudi Kreich im Haupt- und Finanzausschuss nach

*Lesen Sie weiter auf Seite 2*

Fortsetzung von Seite 1

## **Alle Mittel in den Wohnungsbau!**

dem Sachstand. Landrat Arnold teilte mit, dass Gespräche in der Bürgermeister-

dienstversammlung geführt werden. Und die Verwaltung sei noch dabei, zu recherchieren, wie man eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft organisieren könnte. Wieder verging die Zeit und inzwischen war es Februar 2017.



## **Wohnen muss bezahlbar sein!**

Kann man überhaupt preiswerten Wohnraum schaffen? Immer wieder wird behauptet, hohe Mieten seien unvermeidbar. Beim wohnungspolitischen Forum der „Linken Hartz4-Hilfe Wetterau“ zeigten Dr. Schipper von der Uni Frankfurt und Franz Parteder aus Graz, wie es funktionieren kann. Sozialer Wohnungsbau ist



überhaupt nicht unmodern oder abwegig, sondern ein wirksames Mittel gegen Preistreiberei bei den Mieten.

## **Eine Rüge wegen Verschleppung**

Nun beantragte DIE LINKE. Fraktion am 8. Februar 2017 im Kreistag eine Rüge. Wir finden, dass so mit Kreistagsbeschlüssen nicht umgegangen werden kann.

## **Landrat kehrt Antrag unter den Tisch**

Der Landrat reagierte gereizt und nach Gutsherrenart. Er wollte nichts mehr von diesem Beschluss wissen. Arrogant und sachlich falsch behauptete er, das Prüfergebnis sei bereits im Ausschuss vorgestellt worden. Der Abgeordnete Kreich solle doch besser aufpassen.

Aber vielleicht sollte der Landrat besser aufpassen, denn die Ausschussprotokolle beweisen: Der Antrag wurde nicht behandelt. Dieser Kreistagsbeschluss wurde einfach unter den Tisch gekehrt.

## **Eine Lapalie ist das nicht!**

Es gehört nicht zu einem demokratischen Umgang im Parlament, erst einen Beschluss zu missachten und dann einen Abgeordneten wie einen Schuljungen abzukanzeln.

Folge 10:

## Jobcenter drangsaliert Wohngemeinschaften

**Der Wohnungsmarkt ist angespannt. Eine Wohnung zu finden, die nicht den Geldbeutel sprengt, ist schon für Normalverdiener schwierig. Muss jemand von Hartz4 oder Sozialhilfe leben, ist es fast unmöglich! Um nicht auf der Parkbank zu landen, gründen viele eine Wohngemeinschaft (WG).**

Haben Sie schon mal versucht für 360 Euro Kaltmiete eine Wohnung zu finden? So teuer darf die Miete für eine Einzelperson mit Hartz4 oder Sozialhilfe sein. Das hat der Wetteraukreis mit seinen Mietobergrenzen so festgelegt. Dann bietet es sich an, mit jemandem zusammen zu ziehen. So könnte man zu zweit 720 Euro Kaltmiete ausgeben. Dafür kann man auf dem freien Wohnungsmarkt eher eine Wohnung finden.

### **Aber nicht mit dem Jobcenter Wetterau!**

Trotz der festgesetzten Mietobergrenzen hat das Jobcenter Wetterau für WGs eine interne Sonderregelung festgelegt. Betroffene bekommen jetzt nur noch 280

Euro für die Kaltmiete. In der offiziellen Tabelle der Wetterauer Mietobergrenzen ist von dieser Regelung nichts zu finden.

### **Untermietverträge**

Jetzt gäbe es noch die Möglichkeit, einen Untermietvertrag abzuschließen. Der zukünftige Untermieter beantragt beim Jobcenter eine Genehmigung für den Umzug und das Mietverhältnis.

### **Mietobergrenzen für Friedberg, Bad Vilbel, Karben, Rosbach, Wöllstadt und Bad Nauheim**

1 Person	360 Euro
2 Personen	380 Euro
3 Personen	480 Euro
4 Personen	520 Euro
5 Personen	595 Euro
jeder weitere	80 Euro

Diese müsste eigentlich erteilt werden, wenn der Preis unter der Mietobergrenze bleibt. Doch schon wieder spielt das Jobcenter Wetterau nicht mit. Bei Untermietverträgen muss auch der Hauptmietvertrag vorgelegt werden. Begründung: Der Hauptmieter könnte dem Untermieter zu viel Geld abnehmen.

Nur seltsam, dass sich das Jobcenter bei Hauptmietern gar nicht dafür interessiert, ob die Miete für eine „Bruchbude“ gerechtfertigt ist. Wucherpreise von 20 Euro pro m<sup>2</sup> werden anstandslos gezahlt, solange die Mietobergrenze nicht überschritten wird. So kann eine winzige 1-Zimmer-Bude ruhig 360 Euro kosten.

### **Hauptsache mies...**

Warum können so große Unterschiede gemacht werden? Es liegt daran, dass der Gesetzgeber „niedere Standards“ für Hartz4-Wohnungen festgelegt hat.

Wenn mit einer höheren Miete die Qualität der Unterkunft steigen würde, wäre das so schlimm?

## Aus dem Kreistag:

**Das ist ein Skandal!**

### **Einsparung hinter den Kulissen**

Der Wetteraukreis hat die Flüchtlingsarbeit an die Firma European Homecare (EH) vergeben. EH ist der Discounter unter den Privatanbietern, die sich an der Flüchtlingshilfe eine goldene Nase verdienen. Der Umsatz ist in den vergangenen Jahren von 17 auf 100 Millionen Euro gestiegen. Die Geschäftsführung redet von einer glänzenden Geschäftsperspektive. In der Haushaltsrede im Kreistag haben wir ausführlich unsere Kritikpunkte dargestellt. Hier die Kurzfassung:

### **Fragwürdige Methoden**

\* Bei Ausschreibungen unterbietet EH die Wohlfahrtsverbände systematisch. Es geht um Profit. Weniger um Qualität.

\* EH nimmt, was sie kriegen kann: In Saarlouis 87 Euro und in Velbert 1500 Euro pro Monat und Flüchtling. Wir würden gern wissen, wie viel die Kreisverwaltung ausgehandelt hat.

\* Die Arbeitsbedingungen für das Personal sind problematisch: Die Gewerkschaft berichtet von 15 Prozent Krankenstand, 11 bis 13 Stunden-Schichten, Sozialpädagogen oder Sozialarbeiter verdienen 1900 bis 2000 Euro brutto. Oft seien keine Fachkräfte beschäftigt. Wir würden gern wissen, ob die Kreisverwaltung den Einsatz von Fachkräften und Qualitätsstandards in ihrem Vertrag vereinbart hat.

\* Augenfällig ist eine lange Kette von Skandalen und Ungereimtheiten in der Firmengeschichte von EH. Das ist leicht im Internet nachzulesen. Weiß das die Kreisspitze nicht?

### **Mit dieser Firma arbeitet der Wetteraukreis nun zusammen!**

Wir finden nicht, dass sich der Landrat und die Sozialdezementin aus der Verantwortung stehlen können.

Es geht um Menschen und nicht ums Geschäft!

Unsozial ist, wenn einem egal ist, wer Menschen betreut.

## **Kliniken des Wetteraukreises**

Am 8. 2. 2017 veränderte der Kreistag die Gesellschaftsverträge der Kliniken des Wetteraukreises, der Diabetes-Klinik, und der GZW Service GmbH (Reinigungsservice). Das sind weitreichende Entscheidungen für die Gesundheitsversorgung der Wetterauer Bevölkerung. Es geht unter anderem um den Fortbestand der Krankenhäuser in Friedberg und Schotten, die Verluste machen. Man sollte also meinen, die Kreistagsabgeordneten müssten über diese Vorhaben ausführlich informiert werden. Doch Fehlangelegenheit! Ohne Beratung in den Ausschüssen und ohne Fragen zu beantworten, peitschte die Koalition aus SPD und CDU die Anträge durch.

Transparenz will man nicht und der Kreistag – immerhin das oberste Gremium des Wetteraukreises – soll möglichst wenig stören. Denn derzeit verhandelt man mit dem Hochtaunuskreis über eine Fusion der Gesundheitseinrichtungen. Die Braut wird aufgehübscht.

## DIE LINKE. wählte junge Direktkandidaten für die Bundestagswahl am 24. 9. 2017

Im September wird ein neuer Bundestag gewählt. Dafür stellt jede Partei vor Ort Kandidaten auf. Der größte Teil des Wetteraukreises bildet den Wahlkreis 177. Der Südosten des Kreisgebietes ist mit Schlüchtern und Wächtersbach zum Wahlkreis 175 zusammengefasst.



**Julian Eder**, 18 Jahre, aus Nieder-Wöllstadt, ist Direktkandidat im Wahlkreis 177. Julian Eder sagt: "Ich finde, gerade junge Menschen müssen sich engagieren und politisch zu Wort melden! Es ist unsere Zukunft, um die es heute geht! Ich möchte nicht, dass Deutschland immer mehr für Rüstung ausgibt, während das Geld für wichtige Investitionen in den Krankenhäusern und für Sozialwohnungen fehlt."



**Dirk Methfessel** lebt in Schlüchtern. Der 35-jährige Lehrer ist Direktkandidat im Wahlkreis 175. Er sagt: „Es reicht nicht aus, lediglich Mißstände anzusprechen. Deshalb habe ich mich entschieden, aktiv zu werden gegen Rechts und für eine solidarische, demokratische Gesellschaft. Außerdem möchte ich, dass Menschen, Tiere und Umwelt nicht immer krasser kapitalistisch ausgebeutet werden.“

## CDU lehnt eigenen Antrag ab

In der letzten Wahlperiode wurde den Noteltern das Entgelt erheblich gekürzt. DIE LINKE hatte versucht, diese Kürzung rückgängig zu machen.

Schließlich ist es keine Kleinigkeit, sich um verahrloste oder misshandelte Kinder zu kümmern! Damals klaute die CDU unseren Antrag, indem sie ihn geringfügig änderte und als eigenen Antrag einbrachte. SPD, Grüne und FDP aber schmetterten ihn ab.

Heute bilden SPD und CDU die Kreisregierung. Wenn die CDU ihren damaligen Antrag ernst gemeint hat, könnte er jetzt eine Mehrheit bekommen. Wir haben den Antrag deshalb wortwörtlich erneut gestellt. Nur das Wort „CDU“ haben wir durch „DIE LINKE“ ersetzt.

Was passierte?

Die CDU stimmte gegen ihren eigenen Antrag!



Fortsetzung von Seite 1

## Da sieht man nur noch die Rücklichter...

in Nidda um und erreicht kurz vor 8 Uhr Friedberg. Eigentlich brauchbar. Wäre da nicht die knapp bemessene Umsteigezeit von 5 Minuten. Sollte der Bus Verspätung haben, ist der Zeitplan futsch. Der nächste Zug fährt eine Stunde später. Abends startet die letzte Verbindung in Friedberg um 19.19 Uhr und braucht 1 Std. 11 Minuten bis Gedern.

Mit dem Auto braucht man 55 Minuten.



### Zum Beispiel Wölfersheim/Wohnbach

Mit nur 35 bis 41 Minuten gibt es recht gute Verbindungen von Wölfersheim/Wohnbach in die Kreisstadt. Um 6.55 Uhr, 7.42 Uhr, 8.34 Uhr, 9.34 Uhr und 10.34 Uhr fahren Busse. Aber die Umsteigezeiten in Södel betragen maximal 6 Minuten, oft nur 3 bis 4 Minuten. Für die gehbehinderte Rentnerin, die zum Arzt fahren will, ist das zu knapp. Die Busse sind ja

nicht immer total pünktlich: es gibt z. B. Baustellen oder andere Hindernisse. Aber der Anschlusszug wartet nicht. Abends kann man um 20.59 Uhr nach Friedberg fahren. Die Umsteigezeit in Södel beträgt 37 Min., so dass man erst um 22.07 Uhr ankommt. An den Wochenenden sind die Verbindungen besonders schlecht. Samstags ist der Fahrplan stark ausgedünnt. Sonntags wurde der Bus Nr. 363 gestrichen. Für die Fahrt von Wohnbach nach Friedberg muss man entweder in Berstadt extra umsteigen (37 Minuten Wartezeit), um in Wölfersheim einen Zug zu erreichen. Oder umständlich über Hungen-Bellersheim (Kreis Gießen) fahren. Das sind nicht nur Riesenumwege und endlose Fahrzeiten.

Auch die Kosten steigen. Mit dem Auto dauert die Strecke Friedberg-Wohnbach

nur 20 Minuten.



Gut, wenn man an der Nord-Süd-Strecke Frankfurt-Gießen wohnt. Am besten sind die Anbindungen entlang der S6.

Wer im Ostkreis lebt, hat das Nachsehen. Die Verbindungen wurden in den letzten Jahren ausgedünnt.



**Eines ist klar:  
Man braucht eigentlich ein Auto.**

Diese Verbindungen ermuntern nicht, mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren. Doch nicht jeder kann sich ein Auto leisten.

Hier wird deutlich, welche Probleme die Verdrängung einkommensschwacher Bevölkerungsschichten in den Ostkreis bringt. Zwar sind hier die Wohnungen noch billiger, doch ist es viel schwieriger, mobil zu sein.

Ein guter Nahverkehr zum Nulltarif ist daher kein Luxus, sondern nötige Sozialpolitik.



## Afghanistan ist kein sicheres Herkunftsland!

Interview mit Gabi Faulhaber, Fraktion DIE LINKE. im Kreistag der Wetterau und Abgeordnete im Hessischen Landtag.

### Warum müssen die Abschiebungen nach Afghanistan gestoppt werden?

„Die Sicherheitslage in Afghanistan wird schlechter und Milizen terrorisieren die Zivilbevölkerung. Allein im Jahr 2016 wurden 3.500 Kinder in Afghanistan getötet oder verletzt. Insgesamt wurden elftausend Zivilisten Opfer von Terror- und Kriegshandlungen. Wer jetzt Menschen nach Afghanistan zurück schickt, nimmt bewusst ihren Tod in Kauf.“

### Die Bundesregierung hat Teile Afghanistans aber zu sicheren Regionen erklärt...

„Ja, aber das ist ziemlich willkürlich und durch nichts gerechtfertigt. Ende des Jahres 2016 hat das UNHCR (Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen) die Sicherheitslage in Afghanistan überall im

Land als unsicher bewertet. Als Konsequenz aus dieser unsicheren Lage weigern sich einige Bundesländer, wie z. B. Rheinland-Pfalz oder Schleswig-Holstein, Menschen in das zerrüttete Land abzuschicken. Es gibt also Politikerinnen und Politiker, die ihrer menschlichen Verantwortung nachkommen und es gibt andere, die dies nicht tun. Auch Hessen sollte Menschlichkeit zeigen!“

Hessen schiebt ab...

„Ja. Die Landesregierung sagt, sie schiebt nur Straftäter ab. Das stimmt nicht. Die Mehrzahl war unbescholten. In diesem Zusammenhang erschrecken mich auch die zynischen Aussagen von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) im Tagesthemen-Interview.

Er sagte, wenn Zivilisten in Afghanistan Anschlägen zum Opfer fallen, stellen sie ja nicht das „eigentliche Ziel“ der Terroristen dar. Soll das bedeuten, dass unschuldige Menschen als Kollateralschäden freigegeben werden können? Sollen das unsere vielgerühmten christlichen Werte sein?“



**DIE LINKE. /  
Piraten  
Fraktion im ZOV**

Der Zweckverband Oberhessischer Versorgungsbetriebe (ZOV) wird von den Landkreisen Wetterau, Vogelsberg und Giessen getragen. Es ist ein Konzern in öffentlicher Hand, der sich um die Versorgung mit Energie und Wasser kümmert, um den öffentlichen Personennahverkehr und um die Entsorgung. Parlamentarisches Gremium ist die Verbandsversammlung, in der nun drei Mitglieder der Linken/Piraten eine Fraktion bilden.



Rudi Kreich,  
Wetterau

Viktoria Klaus,  
Wetterau



Dietmar Schnell,  
Vogelsberg

**Sprechstunden im Roten Laden**

Im Roten Laden, Usagasse 23, Friedberg, (Foto) können Sie jeden Montag von 14 bis 16 Uhr und jeden Donnerstag von 16 bis 18 Uhr mit der **Fraktion der Linken im Kreistag** sprechen. Kommen Sie doch einfach mal vorbei!



Wenn Sie Probleme mit dem Jobcenter oder Sozialamt haben, steht Ihnen die „Linke Hartz4-Hilfe Wetterau“ ebenfalls montags von 14 bis 16 Uhr und donnerstags von 16 bis 18 Uhr mit Rat und Tat zur Seite.

**So erreichen Sie *DIE LINKE.***

Fraktion im Kreistag der Wetterau, ViSdP.: Gabi Faulhaber, Karben, Tel. 06039 7912, [www.die-linke-wetterau.de](http://www.die-linke-wetterau.de), [info@die-linke-wetterau.de](mailto:info@die-linke-wetterau.de)

Ich möchte weitere Informationen über *DIE LINKE.* Mich interessiert besonders das Thema:

O Ich möchte Mitglied der Partei *DIE LINKE.* werden.

Name: \_\_\_\_\_

Geburtsdatum: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

e-mail: \_\_\_\_\_